

# Aus der Geschichte lernen?

## Zum Verhältnis von Historie und Politik in Deutschland nach 1945

Heinrich August Winkler

Ein Vortrag, gehalten am 26. März 2004 auf dem Symposium "Vom Nutzen und Nachteil der Historie für die Politik - Geschichte und deutsche Politik nach 1945" zum 85. Geburtstag von Helmut Schmidt in Hamburg

### I.

Unter den Zäsuren der deutschen Geschichte ist das Jahr 1945 eine der tiefsten. Verglichen mit 1945 war auch 1918 ein weniger bedeutender Einschnitt. Das Ende des Ersten Weltkrieges brachte Deutschland zwar einen Regimewechsel, den Übergang von der Monarchie zur Republik, aber das Deutsche Reich blieb erhalten. Weder gesellschaftlich noch moralisch gab es einen radikalen Bruch mit dem Kaiserreich. Die alten Eliten konnten die sozialen Grundlagen ihres politischen Einflusses im wesentlichen bewahren. Die militärische Niederlage wurde von großen Teilen der deutschen Gesellschaft nicht akzeptiert; eine selbstkritische Auseinandersetzung mit der Kriegsschuldfrage von 1914 fand nicht statt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war fast alles anders. Am 8. Mai 1945 ging nicht nur Hitlers 'Drittes Reich' unter, sondern auch das 1871 von Bismarck gegründete Deutsche Reich. Die Siegermächte übernahmen die oberste Gewalt in dem okkupierten und in vier Besatzungszonen aufgeteilten Land. Der nationalsozialistischen Führung wurde, soweit sie den 'Zusammenbruch' überlebt hatte, von den Alliierten der Prozeß gemacht, ebenso den am stärksten belasteten Spitzen von Wehrmacht, Diplomatie und Wirtschaft. Es gab auf Jahre hinaus kein deutsches Militär. Anders als nach 1918 konnten sich nach 1945 weder Kriegsunschuld- noch Dolchstoßlegenden durchsetzen. Den Zweiten Weltkrieg hatte das nationalsozialistische Deutschland entfesselt und verloren: Nur eine Minderheit von Unbelehrbaren stellte diesen Sachverhalt in Frage.

Was die Deutschen aus ihrer jüngsten Geschichte lernen konnten, entschied sich danach, wo sie lebten. '*Cuius occupatio eius constitutio*': Die Abwandlung der berühmten Formel des Augsburger Religionsfriedens von 1555 ('*Cuius regio eius religio*') stammt aus einer Hamburger Rektoratsrede des Staatsrechtlers Hans Peter Ipsen vom 17. November 1949 [1]. In der Sowjetischen Besatzungszone waren den Deutschen nur 'antifaschistische' Lehren aus der Vergangenheit erlaubt. Eine antifaschistische Ordnung verlangte die Beseitigung der Ausbeuterklassen, die den Faschismus nach marxistisch-leninistischer Lesart an die Macht gebracht hatten, also Monopolkapital und Junkertum, die Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse durch eine marxistisch-leninistische Einheitspartei und die Führung des Staates durch diese Partei. Das Ergebnis war das Regime der DDR: eine Diktatur sowjetischer Prägung.

In den westlichen Besatzungszonen zogen die Deutschen nicht antifaschistische,

sondern antitotalitäre Lehren aus der Vergangenheit. Der Parlamentarische Rat, der 1948/49 in Bonn das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland erarbeitete, wollte jeder Art von Diktatur einen konstitutionellen Riegel vorschieben. Das entsprach den Erwartungen der westlichen Alliierten, lag aber auch in der Logik der deutschen Verfassungsgeschichte. Ausgangspunkt der Neuschöpfung waren jene Elemente der Weimarer Reichsverfassung von 1919, die sich im nachhinein als Konstruktionsfehler erwiesen hatten. So trat an die Stelle eines relativistischen, wertneutralen ein wertbetontes, ja militantes Demokratieverständnis; Regierungschef und Regierung erhielten durch das konstruktive Mißtrauensvotum eine effektive Rückversicherung gegenüber einer nicht regierungsfähigen Parlamentsmehrheit; das Parlament konnte sich seiner Verantwortung nicht mehr dadurch entziehen, daß es als Gesetzgeber zugunsten des Staatsoberhauptes abdankte. Das Ergebnis war eine funktionstüchtige parlamentarische Demokratie westlicher Prägung. Sie gewann Legitimität nicht durch einen plebiszitären Akt, den es auch drei Jahrzehnte zuvor, 1919, nicht gegeben hatte, sondern durch Bewährung in der Praxis: ein fundamentaler Unterschied zu Weimar.

Auf einem wissenschaftlichen Kongreß anläßlich der 50. Wiederkehr der nationalsozialistischen Machtübernahme, der im Januar 1983 in Berlin stattfand, hat der Philosoph Hermann Lübbe sich mit der Frage befaßt, warum 'im Schutz öffentlich wieder hergestellter Normalität das deutsche Verhältnis zum Nationalsozialismus in temporaler Nähe zu ihm stiller war als in späteren Jahren unserer Nachkriegsgeschichte'. Die Antwort lautete: 'Diese gewisse Stille war das sozialpsychologisch nötige Medium der Verwandlung unserer Nachkriegsbevölkerung in die Bürgerschaft der Bundesrepublik Deutschland.' Da Hitlers Herrschaft lange Zeit einen starken Rückhalt im Volk gehabt hatte, ergab sich für die junge Bundesrepublik eine paradoxe Situation: 'Gegen Ideologie und Politik des Nationalsozialismus, in dessen Katastrophe zugleich auch das Reich untergegangen war, mußte der neue Staat eingerichtet werden. Gegen die Mehrheit des Volkes konnte er schwerlich eingerichtet werden.

'Nicht als 'Verdrängung', sondern als 'kommunikatives Beschweigen' wollte Lübbe eine Haltung verstanden wissen, die daraus erwuchs, daß viele, die unter Hitler in irgend einer Weise 'mitgemacht' hatten, von vielen anderen wußten, was diese in den Jahren 1933 bis 1945 getan, gesagt oder geschrieben hatten. Es gab das 'Beschweigen' in bezug sowohl auf bestimmte Kapitel der eigenen Biographie als auch auf die entsprechenden Abschnitte in der Biographie des 'Nächsten'. Die private Diskretion ging einher mit der öffentlichen Verurteilung des nationalsozialistischen Regimes durch den neuen Staat und das Gros der Medien wie in der beginnenden wissenschaftlichen Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit. Von einer allgemeinen Verdrängung der Zeit des Nationalsozialismus kann also, was die ersten beiden Jahrzehnte der Bundesrepublik angeht, keine Rede sein [2.] Wohl aber kann man von einer verbreiteten Weigerung sprechen, sich mit der eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen. Da viele Nachkriegskarrieren davon abhingen, daß bestimmte Taten und Äußerungen nicht bekannt wurden, schlug eine solche Weigerung über kurz oder lang meist in individuelle Verdrängung um. Da dies eine massenhafte und gesellschaftlich respektierte Erscheinung war, trugen ihr auch Politiker und Publizisten Rechnung, die selbst nicht 'belastet' waren. Das Ergebnis war ein widerspruchsvolles Verhältnis zum Nationalsozialismus: Wer sich öffentlich zum 'Dritten Reich' bekannte, verletzte ein deutsches Tabu. Doch dasselbe tat, wer bohrende Fragen nach der Verantwortung der Zeitgenossen stellte.

Die westdeutsche Geschichtswissenschaft der späten vierziger und der fünfziger Jahre war ein Spiegelbild solcher Ambivalenzen. Ideologie und Praxis des Nationalsozialismus wurden scharf verurteilt, der Kreis der Verantwortlichen aber eng gezogen. Das galt nicht nur für die Zeit des 'Dritten Reiches', sondern auch für seine Vorgeschichte. Hatte der Nestor der deutschen Historiker, Friedrich Meinecke, 1946 in seiner Schrift 'Die deutsche Katastrophe' sich noch kritisch über den preußischen Militarismus geäußert und in der Bismarckschen Reichsgründung gar die 'entscheidende Deviation von den westeuropäisch-liberalen Ideen' gesehen [3], so setzte sich in den folgenden Jahren wieder eine positive Sicht Preußens im allgemeinen und Bismarcks im besonderen durch. Vom Anteil, den die alten Eliten, obenan preußische Rittergutsbesitzer und Militärs, an der Zerstörung der Weimarer Republik hatten, war nur selten die Rede. Die erste große kritische Analyse des Untergangs der ersten deutschen Demokratie stammte zwar von einem Historiker, war aber als politikwissenschaftliche Habilitationsschrift eingereicht worden: Karl Dietrich Brachers' 'Auflösung der Weimarer Republik', erschienen im Jahre 1955 [4].

Im Vordergrund der Bemühungen, die Bundesrepublik Deutschland positiv in die Kontinuität der deutschen Geschichte einzuordnen, stand während der Ära Adenauer nicht die Weimarer Republik und auch nicht die Revolution von 1848, sondern der Widerstand, genau gesagt: der konservative Widerstand gegen Hitler. Zwei angesehene Historiker hatten daran maßgeblichen Anteil: Hans Rothfels, der einstige, von den Nationalsozialisten zwangsemertierte Königsberger Ordinarius, der seit 1940 in den Vereinigten Staaten und nach 1951 wieder in Deutschland, in Tübingen, lehrte, mit seinem 1948 auf englisch und im Jahr darauf auf deutsch vorgelegten Buch 'Die deutsche Opposition gegen Hitler' und der Freiburger Professor Gerhard Ritter mit seiner Biographie Carl Goerdelers, der von den Verschwörern des 20. Juli 1944 für das Amt des Reichskanzlers vorgesehen worden war. [5 ]

Als der erste Bundespräsident, Theodor Heuss , am 19. Juli 1954, dem Vorabend des zehnten Jahrestages des gescheiterten Attentats auf Hitler, in einer Rede an der Freien Universität Berlin des deutschen Widerstands gedachte, unterschied sich seine Deutung kaum von der Rothfels' und Ritters: Die Männer des 20. Juli 1944 standen für das andere, das bessere Deutschland, zu dem auch das recht verstandene preußische Erbe gehörte. Die Schlußsätze verknüpften auf programmatische Weise Vergangenheit und Gegenwart: 'Die Scham, in die Hitler uns Deutsche gezwungen hatte, wurde durch ihr Blut vom besudeltendeutschen Namen wieder weggewischt. Das Vermächtnis ist noch in Wirksamkeit, die Verpflichtung noch nicht eingelöst.' [6]

Heuss formulierte so, daß sich das konservative Deutschland im 20. Juli 1944 und in der Bundesrepublik wieder erkennen konnte. Um dieses Zweckes willen blieb vieles ungesagt: daß die Männer des 20. Juli in ihrer Mehrzahl keine Demokraten gewesen waren, daß die meisten von ihnen Hitlers Politik unterstützt hatten, bevor sie sich gegen ihn wandten, dass sein Krieg lange Zeit auch ihr Krieg gewesen war. Der Widerstand gegen Hitler erschien wesentlich als Widerstand von Eliten, wobei der Bundespräsident nicht erwähnte, dass es sich um Eliten handelte, die vor 1933 die erste deutsche Republik bekämpft hatten. Was er zur Wehrmacht sagte, war eher wohlwollend als kritisch. Heuss wollte gewiss nicht bewirken, was später 'Verdrängung der Vergangenheit' genannt wurde. Er hatte das Gegenteil, also historische Aufklärung, im

Sinn, und er trug in der Tat dazu bei, dass 'rechte' Angriffe auf die Männer des 20. Juli fortan als das wahrgenommen wurden, was sie waren: Angriffe auf die Staatsräson der Bundesrepublik.

Dieser Erfolg hatte freilich auch seine Kehrseite: Wer vor 1933 zum konservativen Flügel der 'nationalen Opposition' gegen die erste deutsche Demokratie gehört und die Deutschnationalen unterstützt hatte, brauchte sich durch den Bundespräsidenten nicht zu rückblickender Selbstkritik herausgefordert fühlen. Heuss ermutigte vielmehr, gewollt oder ungewollt, jene, die bei den Stichworten 'Preußen' oder 'preußischer Adel' sogleich an den 20. Juli 1944 und nicht daran dachten, in welchem Maß konservative Kräfte für die Zerstörung der Weimarer Republik, die Machtübertragung an Hitler und die Festigung seiner Herrschaft verantwortlich waren. Die letzten Sätze der Rede konnten sogar so verstanden werden, als müßten die Deutschen wegen der Verbrechen der Nationalsozialisten keine nationale Scham mehr empfinden, weil es die erlösende, mit der Selbstaufopferung bezahlte Tat Stauffenbergs und seiner Freunde gab.

Heuss' Ansprache machte aus dem 20. Juli 1944 einen Gründungsmythos der Bundesrepublik und damit auch eine Antwort auf den antifaschistischen Gründungsmythos der DDR. Die Wirkungen des Mythos '20. Juli' waren widersprüchlich. Er wirkte zunächst integrierend, weil er die Konservativen mit der Demokratie aussöhnen half. Aber die Gegenwartsbedürfnisse bestimmten die Deutung des historischen Ereignisses so sehr, daß die Entmythologisierung nur eine Frage der Zeit war. Eine überzeugende geschichtliche Verortung der Bundesrepublik war mit Heuss' Rede zum 20. Juli 1944 noch nicht gelungen.

Der erste Bundeskanzler hat, anders als der erste Bundespräsident, kaum das betrieben, was wir heute 'Geschichtspolitik' nennen. Konrad Adenauer hatte durchaus ein Geschichtsbild, das er aber nur selten im Zusammenhang vortrug. Besonders kompakt tat er es, als er am 6. Dezember 1951 im Royal Institute of International Affairs im Chatham House in London über 'Deutschland in den Problemen unserer Zeit' sprach. Er bedauerte, dass demokratische Ideen und Einrichtungen sich in Deutschland erst spät entwickelt hätten, und nannte es verhängnisvoll, daß es 1848 nicht gelungen sei, ein 'demokratisches Deutsches Reich' zu schaffen. Anstelle der 'sittlichen Idee der nationalen Freiheit' habe nach der Reichsgründung von 1871 ein 'auf die Macht gegründeter Nationalismus' Boden gewonnen. 'Aus seiner Übersteigerung entwickelte sich unter Ausnutzung der sozialen Not nach dem Ersten Weltkrieg der Nationalsozialismus, der über die ganze Welt, insbesondere auch über Deutschland, namenloses Elend brachte.' [7 ] In der Summe war das nichts anderes als das, was Historiker die 'deutsche Abweichung vom Westen' oder kurz den 'deutschen Sonderweg' nennen.

Adenauer hatte schon am 9. Oktober 1945 vor ausländischen Pressevertretern ausgesprochen, woran es für ihn keinen Zweifel gab: 'Der von Rußland besetzte Teil sei für eine nicht zu schätzende Zeit für Deutschland verloren.' [8] Klarer hätte er sich nicht von seinem sozialdemokratischen Widerpart Kurt Schumacher abgrenzen können, dessen erster öffentlicher Aufruf nach dem Zweiten Weltkrieg in dem Satz gipfelte: 'Das Reich muß als staatliches und nationales Ganzes erhalten bleiben.' [9] Es gibt von Adenauer keine Äußerungen, die darauf schließen lassen, daß er an eine föderalistische Auflösung Deutschlands in Europa dachte ' ein Projekt, wie es der Bonner Redakteur

des 'Rheinischen Merkur', Paul Wilhelm Wenger, und andere abendländisch gesinnte katholische Konservative unter Berufung auf das übernationale Erbe des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation verfochten. Soweit es nach Adenauer ging, sollte aber auch ein wiedervereinigtes Deutschland fest mit dem Westen verbunden und in Europa eingebunden bleiben. Zu gesamtdeutschen Bestrebungen, die die Westbindung und den supranationalen Gedanken nach seiner Meinung nicht eindeutig genug betonten, wahrte er Distanz. Das galt auch für das überparteiliche 'Kuratorium Unteilbares Deutschland', das Mitte Juni 1954 auf Betreiben eines Parteifreundes von Adenauer, des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, gegründet wurde.

Die Bundesrepublik war erst sieben Jahre alt, als der Schweizer Publizist Fritz René Allemann 1956 in seinem Buch 'Bonn ist nicht Weimar' einen der grundlegenden Unterschiede zwischen der ersten und der zweiten deutschen Demokratie in einem frappierenden Rollentausch zwischen 'links' und 'rechts' erkannte. In der Weimarer Republik war die Linke international und die Rechte nationalistisch gewesen. In der Bonner Republik betrieben die gemäßigten Kräfte der rechten Mitte, repräsentiert durch die von Adenauer geführte bürgerliche Koalition, eine Politik der supranationalen Integration, während die gemäßigte Linke in Gestalt der Sozialdemokratie unter Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer den nationalen Part übernahm und sich als Partei des Primats der deutschen Einheit zu profilieren versuchte. [10] Dass die SPD das tat, war das Ergebnis ihres Lernens aus der Geschichte: Nie wieder sollte den Sozialdemokraten der Vorwurf gemacht werden können, die nationalen Belange seien bei ihnen nicht gut aufgehoben. Adenauer hatte es also nicht mit einer 'nationalen Opposition' von rechts zu tun, sondern mit einer zugleich demokratischen, antikommunistischen und nationalen Opposition von links. Wäre es anders gewesen, hätte sich die Westbindung der Bundesrepublik kaum durchsetzen lassen. So gesehen war die nationale Rolle der Sozialdemokraten geradezu eine Bedingung der Möglichkeit der übernationalen Politik Adenauers: eine Dialektik, deren sich die Akteure wohl kaum voll bewußt waren.

## II.

Zwischen 1949, dem Jahr der Gründung von Bundesrepublik und DDR, und 1989, dem Jahr des Mauerfalls, gibt es keine tiefere Zäsur als den 13. August 1961, den Tag, an dem der Bau der Berliner Mauer begann. Die Verfestigung der deutschen Teilung zwang zum Umdenken. Adenauers Politik der Westintegration hatte nicht zum immer wieder beschworenen Ziel, der Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit, geführt; dieses Ziel schien seit 1961 ferner denn je. Das Umdenken, das in den sechziger Jahren auf breiter Front einsetzte, betraf nicht nur das künftige Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten. Es erstreckte sich bald auch auf das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Geschichte und die Lehren, die aus ihr zu ziehen waren.

Der Mauerbau war nicht die Ursache des Richtungswechsels, der sich in den sechziger Jahren in der bundesrepublikanischen Geschichtswissenschaft vollzog. Aber die Desillusionierung, die das offenkundige Scheitern von Adenauers 'Politik der Stärke' hervorrief, trug wesentlich dazu bei, die kulturelle Hegemonie der Konservativen zu erschüttern und einer kritischen Revision des vorherrschenden Geschichtsbildes den Weg zu ebneten. 1961 erschien das Buch 'Griff nach der Weltmacht' des Hamburger

Historikers Fritz Fischer. Die Untersuchung der Julikrise von 1914 und der Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland zwischen 1914 und 1918 hatte die Wirkung eines Befreiungsschlages: Sie entzog der überkommenen deutschnationalen Lesart, wonach das Deutsche Reich keine spezifische Schuld am Ersten Weltkrieg trug, die wissenschaftliche Grundlage. Auf dem 26. Deutschen Historikertag, der im Oktober 1964 in Berlin stattfand, setzte sich Fischers Interpretation nicht zuletzt dank einer engagierten Intervention des aus Breslau stammenden New Yorker Historikers Fritz Stern weitgehend durch. [11] Das Kaiserreich von 1871 wurde fortan kritischer gesehen als zuvor: Der von Bismarckgegründete deutsche Nationalstaat verlor an historischer Strahlkraft.

Zwei Jahre später, 1966, legten überwiegend jüngere Historiker, unter ihnen Hans Mommsen, eine Sammlung von Aufsätzen vor, in denen sie sich kritisch mit den außen- und innenpolitischen Vorstellungen der konservativen Opposition gegen Hitler auseinandersetzten. Sie wandten sich damit nicht nur gegen die bis dahin vorwiegende Meinung der Geschichtswissenschaft, sondern erschütterten zugleich einen Gründungsmythos der Bundesrepublik: die Legitimation des neuen Staates aus dem einseitig auf diesen Zweck hin gedeuteten Geist des 20. Juli 1944. In dieselbe Richtung zielten die historischen Passagen von Ralf Dahrendorfs Buch 'Gesellschaft und Demokratie in Deutschland', das 1965 erschienen war. [12 ]

Das Umdenken der sechziger Jahre verlief nicht nach einem einfachen Links-Rechts-Schema. Als erster deutscher Politiker stellte Franz Josef Strauß 1966 das Staatsziel der Wiedervereinigung in Frage. In seinem Buch 'Entwurf für Europa' plädierte der Vorsitzende der CSU für eine 'Europäisierung der deutschen Frage' und bekannte offen: 'Ich glaube nicht an die Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates, auch nicht innerhalb der Grenzen der vier Besatzungszonen... Nur indem die deutsche Wiedervereinigung nicht mehr unter dem Aspekt einer nationalstaatlichen Restauration in Erscheinung tritt, wird man sie ihrer Verwirklichung näher bringen können.' [13]

Es waren keine linken oder linksliberalen, sondern eher liberalkonservative Autoren, die in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre forderten, die Bundesrepublik solle sich definitiv als Staatsnation konstituieren, ihren Provisoriumsvorbehalt also preisgeben. Der Publizist Burghard Freudenfeld nannte diesen Vorbehalt im Sommer 1967 in der katholischen Zeitschrift 'Hochland' eine 'öffentliche Lebenslüge', die für Gemeinschaften nichtweniger gefährlich sei als für Individuen. Er erhielt für diesen Vorstoß viel Zustimmung, unter anderem auch vom neuen Vorsitzenden der FDP, Walter Scheel, der den Provisoriumsvorbehalt in der Präambel des Grundgesetzes nicht mehr im Hinblick auf einvereinigtes Deutschland, sondern nur noch auf ein vereinigtes Europa gelten lassen wollte. Freudenfeld erntete aber auch Widerspruch aus unterschiedlichen politischen Lagern: Der stellvertretende Vorsitzende der CDU, Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier, der gut zweieinhalb Jahre zuvor, anlässlich des 150. Geburtstages von Otto von Bismarck am 1. April 1965, in der Tageszeitung 'Die Welt' einen posthumen offenen Brief an den 'Hochverehrten Herrn Reichskanzler' gerichtet hatte, bedauerte um die Jahreswende 1967/68, daß der Parlamentarische Rat sich nicht dazu entschlossen hatte, 'den größeren, freiheitlich verfaßten Teil Deutschlands als deutschen Kernstaat mit dem Deutschen Reich zu identifizieren und die sowjetisch besetzten Länder und Provinzen' als das zu bezeichnen, was sie seien, nämlich als 'deutsche Gebiete, deren Bewohner durch fremde Besatzungsgewalt an der Ausübung ihrer

Bürgerrechte gehindert werden'. [14 ]

Ganz anders argumentierte der Vorsitzende der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Helmut Schmidt . Die Preisgabe des 'geschichtlich gewordenen Nationalbewußtseins' und die 'ausschließliche Intensivierung eines bundesrepublikanischen Staatsbewußtseins' ließen 'den Eindruck der Klitterung' aufkommen, 'als habe die deutsche Geschichte erst im Jahre 1945 oder im Jahre 1949 begonnen und als könne man den Verstrickungen der Deutschen mit der Vergangenheit und ihrer Verantwortung für die ganze Nation auf billige Weise entkommen'. Aus der gemeinsamen Geschichte der Nation könnten sich weder die Deutschen in der DDR noch die in der Bundesrepublik durch die Propagierung eines eigenen Nationalgefühls fortstehlen. 'Wir müssen immer wieder daran erinnern, daß eine Mitverantwortung für das politische Schicksal unserer Landsleute in der DDR sich verpflichtend aus der Tatsache ergibt, daß die Deutschen in der DDR fast allein 'und stellvertretend für uns- in unverhältnismäßig hohem Maße denvon allen Deutschen gemeinsam verlorenen Krieg bezahlen... Es ist notwendig und legitim, in der Bundesrepublik das Staatsbewußtsein zu stärken ' aber es wäre eine riskante Vergewaltigung der Geschichte unserer Nation, auf den Geltungsbereich dieses Staatsbewußtseins auch das Nationalbewußtsein reduzieren zu wollen. Darum wende ich mich gegen die Flucht in die Idylle einer bundesdeutschen Nation.' [15]

Die 'Hochland'-Debatte von 1967/68 fiel in die Zeit der Großen Koalition, der Außerparlamentarischen Opposition von links und des Erstarkens radikaler Kräfte von rechts. Auf dem Feld der Deutschlandpolitik kam das Bündnis von Union und Sozialdemokratie über dilatorische Formelkompromisse kaum hinaus. Der Durchbruch zu einem neuen Realismus gelang erst nach Bildung der sozialliberalen Regierung unter Willy Brandt und Walter Scheel im Oktober 1969. Brandts Formel 'Zwei Staaten, eine Nation' räumte dem Zusammenhalt der Deutschen als Nation den Vorrang vor dem Streben nach der Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates ein, was einer Rehabilitierung der Definition von Politik als der Kunst des Möglichen gleich kam.

Die oppositionellen Unionsparteien, die bislang eine konsequent supranationale, auf die westeuropäische Integration ausgerichtete Politik betrieben hatten, bekämpften die Ostverträge der sozialliberalen Koalition mit nationalen Parolen. Dabei tat sich vor allem die CSU hervor, deren Vorsitzender Franz Josef Strauß 1966 einem souveränen deutschen Nationalstaat eine klare Absage erteilt hatte. Im Juli 1973 fällte das Bundesverfassungsgericht sein Urteil in einem von der Bayerischen Staatsregierung angestregten Normenkontrollverfahren zum Grundlagenvertrag mit der DDR. Der Vertrag war demnach mit dem Grundgesetz vereinbar. Das Gericht bekräftigte jedoch seine Auffassung, daß das Deutsche Reich fortbestehe und die Bundesrepublik mit ihm identisch (in bezug auf die räumliche Ausdehnung allerdings nur 'teilidentisch') sei. Die Verfassungsorgane der Bundesrepublik wurden verpflichtet, an der Wiederherstellung der staatlichen Einheit festzuhalten und alles zu unterlassen, was die Wiedervereinigung vereiteln würde. [16 ]

Das Karlsruher Urteil von 1973 schrieb eine nationalstaatliche Lösung der deutschen Frage damit in verbindlicherer und restriktiverer Form fest, als es der Parlamentarische Rat 1949 getan hatte. Die Erosion des nationalstaatlichen Denkens aber konnten die Verfassungsrichter nicht aufhalten. Aus Anlass des 100. Jahrestages der

Reichsgründer erinnerte der erste sozialdemokratische Bundespräsident, Gustav Heinemann, die Deutschen in einer Fernsehansprache am 17. Januar 1971 daran, daß 1871 nur 'eine äußere Einheit ohne volle innere Freiheit der Bürger' erreicht worden sei. 'Hundert Jahre Deutsches Reich' das heißt eben nicht einmal Versailles, sondern zweimal Versailles, 1871 und 1919, und das heißt auch Auschwitz, Stalingrad und bedingungslose Kapitulation von 1945.' Zur deutschen Geschichte seit 1871 gehörten aber auch Bismarcks liberale, katholische und sozialdemokratische Gegner und ihre politischen Erben: die Parteien, die die Weimarer Republik getragen hatten. Sie und nur sie standen für das Deutschland, das aus Heinemanns Sicht noch eine Zukunft hatte. [17]

Der dritte Bundespräsident betrieb bewußt Geschichtspolitik und forderte mit manchen Einseitigkeiten und Vergrößerungen seiner pädagogischen Bemühungen nebenpartei-politischer Polemik auch begründete Kritik heraus. Aber der Versuch, den immer noch weit verbreiteten, ja 'offiziösen' nationalkonservativen Deutungen der deutschen Geschichte ein kritisches, an den Werten der Freiheit und der Demokratie orientiertes Geschichtsbild entgegenzusetzen, war überfällig. Ein einstiger Widersacher von Adenauers Westpolitik (im Oktober 1950 war Heinemann, damals noch Mitglied der CDU, aus Protest gegen die geplante Wiederbewaffnung vom Amt des Bundesinnenministers zurück getreten) half den Bundesbürgern dabei, sich weiter als bisher der politischen Kultur der westlichen Demokratie zu öffnen. Das erste Staatsoberhaupt aus den Reihen der SPD stellte sich damit in den Zusammenhang einer Tradition, die eng mit dem Namen des ersten Bundeskanzlers verknüpft war.

Zur gleichen Zeit, in der die Bundesrepublik ein kritisches Verhältnis zu dem von Bismarckgegründeten deutschen Nationalstaat entwickelte, trennte sich die DDR vom Begriff der einen deutschen Nation. An seine Stelle trat 1970/71 das Theorem von zwei deutschen Nationen: der alten, bürgerlichen Nation, die in der Bundesrepublik fortbestand, und der neuen, sozialistischen Nation, die sich in der DDR entwickelte. In der Bevölkerung des zweiten deutschen Staates fand die neue Doktrin der SED keinen Anklang, weshalb das Regime in den achtziger Jahren dazu überging, sich unter dem Stichwort 'Erbe' größere Teile der deutschen und vor allem der preußischen Geschichte anzueignen, die bislang keineswegs als 'fortschrittlich' gegolten hatten. Die weitgehende Rehabilitierung Luthers, Friedrichs des Großen und Bismarcks gehört in diesen Zusammenhang.

In der Bundesrepublik fand die Lehre von den zwei deutschen Nationen ein Echo in der These von der fortschreitenden 'Bi-Nationalisierung' Deutschlands: einer Deutung, die von einigen Historikern und Sozialwissenschaftlern vertreten wurde, sich aber weder in der Wissenschaft noch in der Politik durchsetzen konnte. Richtig war, daß sich das politische System der Bundesrepublik einer hohen Zustimmung erfreute, das der DDR hingegen nicht. In der Bundesrepublik hatte sich im Verlauf der Jahrzehnte eine 'Staatsnation' entwickelt, der nichts fehlte als das offizielle Bewußtsein, eine zu sein. Der DDR hingegen fehlte zur 'Staatsnation' alles außer dem Anspruch der Offiziellen, eine solche zu vertreten. [18]

Die Einheit der Nation trotz der staatlichen Trennung aufrechtzuerhalten blieb das Ziel aller Bundesregierungen, die ihre Deutschlandpolitik auf der Grundlage der Ostverträge der Jahre 1970 bis 1973 betrieben. Der Übergang von der sozial-liberalen Koalition

unter Helmut Schmidt zur christlich-liberalen Koalition unter Helmut Kohl im Oktober 1982 bedeutete in dieser Hinsicht keine Zäsur. Kohls Rhetorik klangnationaler als die Schmidts, seine Politik aber war es nicht. Von 'Wiedervereinigung' sprach der christlich-demokratische Kanzler weder in seinen Verhandlungen mit dem Generalsekretär der SED und Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker, noch in der Öffentlichkeit. Er beschwor zwar immer wieder die Einheit der Nation, fügte aber bereits im Bundestagwahlkampf 1983 hinzu, dies bedeute nach seiner festen Überzeugung keine Lösung des 'Zurück in den Nationalstaat einer vergangenen Zeit'. Und wie seiner Vorgänger seit Adenauer betonte auch Kohl immer wieder, daß die deutsche Frage im Kern eine Frage der Menschenrechte sei. [19]

Der Umgang mit dem schrecklichsten Kapitel der deutschen Geschichte wurde nicht dadurch einfacher, daß der zeitliche Abstand zum 'Dritten Reich' wuchs. Als sich die Kapitulation des Deutschen Reiches zum 40. Mal jährte, löste der studierte Historiker Kohl mit einem symbolischen Akt internationale Proteste aus. Zusammen mit dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan besuchte er am 5. Mai 1985 den Soldatenfriedhof in Bitburg in der Eifel. Dort befanden sich, was man in Bonn zunächst übersehen hatte, neben Gräbern von Wehrmachtssoldaten auch solche von Angehörigen der Waffen-SS. Daß Kohl trotzdem auf dem Besuch bestand, wirkte wie der Kontrapunkt zur weltweit beachteten und unvergessenen Demutsgeste eines sozialdemokratischen Bundeskanzlers: Willy Brandts Kniefall vor dem Denkmal für die Opfer des Aufstands im Warschauer Ghetto am 7. Dezember 1970. Hätte Reagan nicht nach Bitburg auch dem ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen einen Besuch abgestattet, von dem Ereignis in der Eifel wäre der makabere Eindruck ausgegangen, die Bundesrepublik Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika hätten sich darauf verständigt, den Zweiten Weltkrieg fortan als europäischen Normalkrieg zu betrachten.

Für ein anderes Gegengewicht zu Bitburg sorgte drei Tage später Bundespräsident Richard von Weizsäcker. Die entscheidende Aussage der Rede, die er am 8. Mai 1985 vor dem Deutschen Bundestag hielt, lautete: 'Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der national-sozialistischen Gewaltherrschaft.' Nicht das Ende des Krieges sei die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit. 'Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn der Gewaltherrschaft, die zum Kriege führte. Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen ... Wir haben allen Grund, den 8. Mai 1945 als das Ende eines Irrwegs deutscher Geschichte zuerkennen, das den Kern der Hoffnung auf eine bessere Zukunft barg.' [20] Weizäckers Rede über die Befreiung wirkte selbst befreiend: Ein Staatsoberhaupt, das aus der Union hervorgegangen war, setzte sich mit konservativen Deutungen deutscher Geschichte beinahe so kritisch auseinander wie anderthalb Jahrzehnte zuvor der sozialdemokratische Bundespräsident Gustav Heinemann.

Apologetische Lesarten der Vergangenheit konnte freilich auch der Bundespräsident nicht aus der Welt schaffen. Am 6. Juni 1986, gut ein Jahr nach Weizäckers Rede, konfrontierte der Berliner Historiker Ernst Nolte in der 'Frankfurter Allgemeinen' die Öffentlichkeit mit der Behauptung, Auschwitz sei nur die verzerrte Kopie des 'ursprünglicheren' Verbrechens, des stalinistischen 'Archipel Gulag', gewesen, geboren aus der Angst vor der Vernichtung durch den Bolschewismus. [21]

Noltes prominentester Kontrahent in dem von ihm ausgelösten so genannten 'Historikerstreit' war Jürgen Habermas. Der Frankfurter Philosoph sah in dem Vorstoß aus Berlin einen Rückfall hinter das erreichte Maß an Verwestlichung: 'Die vorbehaltlose Öffnung der Bundesrepublik gegenüber der politischen Kultur des Westens ist die große intellektuelle Leistung unserer Nachkriegszeit, auf die gerade meine Generation stolz sein könnte... Der einzige Patriotismus, der uns dem Westen nicht entfremdet, ist ein Verfassungspatriotismus. Eine in Überzeugungen verankerte Bindung an universalistische Verfassungsprinzipien hat sich leider in der Kulturation der Deutschen erst nach -und durch' Auschwitz bilden können.' [22]

Habermas' Antwort auf Nolte wurde zur Geburtsstunde einer informellen Gruppierung, die man die 'posthume Adenauersche Linke' nennen kann. Sie akzeptierte die Westbindung (wenn auch meist nicht deren militärische Seite) und gab insofern Adenauer gegenüber Schumacher recht. Sie verneinte die Wünschbarkeit eines neuen deutschen Nationalstaates und begründete diese Position nicht nur mit dem Gleichgewicht zwischen West und Ost, das durch eine Wiedervereinigung Deutschlands zerstört würde, sondern mit den Verbrechen des Nationalsozialismus und namentlich mit dem Holocaust, der erst seit den achtziger Jahren als das zentrale Ereignis der jüngeren deutschen Geschichte, wenn nicht der deutschen Geschichte überhaupt wahrgenommen wurde.

Zum politischen Sprecher der posthumer Adenauerschen Linken wurde Oskar Lafontaine, seit 1985 Ministerpräsident des Saarlandes und seit 1986 stellvertretender Vorsitzender der SPD. In seinem Buch 'Die Gesellschaft der Zukunft' hielt er 1988 den 'Neokonservativen' vor, sie wollten sich nicht eingestehen, 'daß die Bundesrepublik Deutschland ihre Wurzeln auch in Auschwitz' habe, daß 'unsere bundesdeutsche Nationalidentität' (sic!) also nicht nur bis 1949, sondern bis Auschwitz zurückreiche. Lafontaine erteilte einem deutschen Nationalstaat, ja dem Nationalstaat schlechthin eine klare Absage: 'Gerade weil wir Deutsche mit einem pervertierten Nationalismus schrecklichste Erfahrungen gemacht haben, gerade deshalb sollte uns schlechthin der Verzicht auf Nationalstaatlichkeit leichter fallen als anderen Nationen... Aufgrund ihrer jüngsten Geschichte sind die Deutschen geradezu prädestiniert, die treibende Rolle in dem Prozeß der supranationalen Vereinigung Europas zu übernehmen.' [23 ]

Der dialektische Rückschluß von der Perversion auf die Prädestination war gewagt; er trug fast schon die Züge einer seligen, weil heilsnotwendigen Schuld im Sinne des Kirchenvaters Ambrosius. Auschwitz als Ursprungsmythos der Bundesrepublik: In dem geschichtspolitischen Entwurf Lafontaines diente das deutsche Menschheitsverbrechen ausschließlich politischen Gegenwartszwecken. Der Autor verwandelte die Ermordung der europäischen Juden in eine Waffe zur Bekämpfung des innenpolitischen Gegners, in ein Argument gegen die Wiedervereinigung und schließlich in einen Anspruch auf eine Führungsrolle der Bundesrepublik im europäischen Einigungsprozeß. Falls es Belege dafür geben sollte, daß die letzte Forderung außerhalb der deutschen Grenzen Zustimmung gefunden hat, sind sie der historischen Forschung bisher unbekannt geblieben.

Ein Jahr nach der Veröffentlichung von Lafontaines Buch fiel die Berliner Mauer. Die deutsche Einheit gelangte unerwartet plötzlich auf die Tagesordnung der internationalen Politik. Auf dem Berliner Parteitag der Sozialdemokraten im Dezember 1989, als sich

eine Kanzlerkandidatur des saarländischen Ministerpräsidenten bei der Bundestagswahl von 1990 bereits abzeichnete, antwortete der Ehrenvorsitzende der SPD, Willy Brandt, Lafontaine und anderen, die in Sachen deutsche Einheit ähnlich argumentierten wie er, mit einem einzigen, jedoch inhaltsschweren Satz: 'Noch so große Schuld einer Nation kann nicht durch eine zeitlos verordnete Spaltung getilgt werden. [24 ]

Abermals ein Jahr später war Deutschland wiedervereinigt. Die deutsche Schuld aber war nicht getilgt, weil sich eine solche Schuld nicht tilgen läßt. Die deutsche Teilung war nicht die Folge des Holocaust; sie hatte ihren Grund in der Tatsache, daß sich die Siegermächte über die Zukunft Deutschlands nicht einigen konnten. Die Ermordung der europäischen Juden und die Spaltung Deutschlands waren inkommensurable Ereignisse. Die Ableitung des zweiten Ereignisses aus dem ersten war ein Fall von Geschichtspolitik' ein besonders problematischer Fall, der Anlaß gibt, über Nutzen und Nachteil einer politischen Beanspruchung von Geschichte nochmals nachzudenken.

### III.

Aus Hegels 'Vorlesungen über die Philosophie der Weltgeschichte' stammt der viel zitierte Satz: 'Was die Erfahrung aber und die Geschichte lehren, ist dieses, daß Völker und Regierungen niemals etwas aus der Geschichte gelernt und nach Lehren, die aus derselben zu ziehen gewesen wären, gehandelt haben.' [25 ]

Die deutsche Geschichte nach 1945 ist nicht dazu angetan, ein solches Verdikt zu bestätigen (wobei freilich zu bedenken ist, daß Hegels Äußerung vor allem als Warnung vor bloß vermeintlichen historischen Analogien verstanden werden muß). Es gab in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg durchaus erfolgreiche Lernprozesse. Vor allem die Überwindung der alten deutschen Vorurteile gegenüber der westlichen Demokratie gehört dazu. Allerdings lieferte das unmittelbar vorangegangene Kapitel der deutschen Geschichte, das 'Dritte Reich', auch ein radikales *argumentum e contrario* für die Demokratie: Es zeigte den Deutschen, wohin sie die Ablehnung der politischen Ideen des Westens gebracht hatte. Die Erinnerung an den Fehlschlag von Hitlers Revolution gegen die Demokratie nimmt darum bei den Deutschen einen ähnlichen Platz ein wie bei anderen Nationen die Erinnerung an eine erfolgreiche demokratische Revolution.

Doch in dieser Wahrnehmung deutscher Geschichte liegt auch eine Gefahr: die Verkürzung des historischen Horizonts. In den achtziger Jahren formte sich in der alten Bundesrepublikansatzweise ein bipolares Geschichtsbild heraus: Der negative Pol war das 'Dritte Reich', noch genauer gesagt: der Holocaust, der positive die so genannte Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik. Diese Horizontverkürzung hatte die paradoxe Folge, daß ihr mit der deutschen Geschichte vor 1933 auch die Vorgeschichte der deutschen (und der jüdischen) Katastrophe zum Opfer fiel. Das 'Dritte Reich' droht zu einem unerklärlichen Mythos zu werden, wenn über den Weg in die nationalsozialistische Diktatur kaum noch etwas gewußt wird.

Die Geschichte von Rechtsstaat, Bundesstaat und Sozialstaat in Deutschland reicht aber weit ins 19. Jahrhundert zurück, und dasselbe gilt vom allgemeinen Wahlrecht und

der Parlamentskultur. Warum die freiheitlichen Kräfte den freiheitsfeindlichen in der Endkrise der Weimarer Republik unterlagen, das kann nur erklären, wer die Ungleichzeitigkeit des deutschen Demokratisierungsprozesses kennt. Frühe Einführung eines demokratischen Reichstagswahlrechts schon unter Bismarck (1867 im Norddeutschen Bund, 1871 im Deutschen Reich), späte Einführung einer parlamentarisch verantwortlichen Regierung im Zeichen der militärischen Niederlage im Herbst 1918: Hitler wurde nach 1930 zum Nutznießer dieser Ungleichzeitigkeit. Er konnte einerseits an das verbreitete Ressentiment gegenüber der angeblich undeutschen Demokratie, der Staatsform der Sieger des Ersten Weltkrieges, appellieren und andererseits an den seit Bismarcks Zeiten verbrieften Teilhabeanspruch des Volkes in Gestalt des allgemeinen gleichen Wahlrechts, das von den halbautoritären Präsidialkabinetten der späten Weimarer Republik weithin um seine politische Wirkung gebracht wurde.

Kritische Aneignung der deutschen Geschichte im ganzen statt Verkürzung des historischen Horizonts: Das sollte eine der Folgerungen aus dem Umgang mit der deutschen Geschichte nach 1945 sein. Eine andere Folgerung müßte das betreffen, was die Psychoanalyse 'pathologische Lernprozesse' nennt. Die Instrumentalisierung von Auschwitz für tagespolitische Zwecke, die auf eine Banalisierung des deutschen Menschheitsverbrechens hinausläuft, ist hierfür das krasseste Beispiel. (In den neunziger Jahren gab es kaum eine Diskussion über 'out of area'-Einsätze der Bundeswehr ohne Hinweis auf den Holocaust.) Zum Lernen aus der Geschichte gehören auch die Lektionen, die das falsche Lernen abwirft: Es resultiert daraus, daß in die Geschichte hineinprojiziert wird, was vorgefaßte Gegenwartszwecke von ihr fordern.

Alle Geschichte ist eine Geschichte von Kämpfen um die Deutung von Geschichte: So könnte man frei nach Marx und Engels sagen. Keine politische Richtung wird auf den Versuch verzichten, ihre Position historisch zu untermauern. In einem demokratischen Gemeinwesen pflegen mehrere Geschichtsbilder miteinander zu konkurrieren. Geschichtspolitik (der Begriff tauchte in Deutschland erstmals 1986 während des 'Historikerstreits' auf) [26] zielt darauf ab, die eigene Deutung durchzusetzen. Als Ergebnis solcher Deutungskämpfe kann sich ein breiter Konsens hinsichtlich wichtiger Ereignisse herausbilden. Ohne einen Minimalkonsens in Sachen der eigenen Geschichte könnte eine Demokratie gar nicht bestehen.

Eine Geschichtspolitik, die historische Legenden pflegt und damit wissenschaftlichen Erkenntnissen widerspricht, muß wissenschaftliche Kritik herausfordern. Das gilt vor allem dann, wenn sich eine bestimmte Lesart von Geschichte zu einem Mythos verdichtet und gegenüber wissenschaftlicher Kritik abzuschotten versucht. Im Zuge seiner Folklorisierung wird ein Mythos zu einem kulturellen Besitzstand; wird er in Frage gestellt, löst er die typischen Reflexe der Besitzstandswahrung aus. Der historische Mythos ist eine gesteigerte Form von Geschichtspolitik. Die Geschichtswissenschaft, die in der Vergangenheit selbst viel zur Mythenbildung beigetragen hat, muß Mythen mit Entmythologisierung begegnen. Andernfalls würde sie den Anspruch verirken, eine Wissenschaft zu sein. Nach der Epochenwende von 1989/91 sprach der amerikanische Philosoph Francis Fukuyama, ein bekennender Hegelianer, vom 'Ende der Geschichte'. [27] Er meinte den Erfolg der weltweiten liberalen Revolution, die nach dem Zusammenbruch der meisten kommunistischen Diktaturen zwar ihr Ziel noch nicht voll erreicht hatte, ihm aber doch sehr nahe

gekommen schien. Tatsächlich spricht viel für die Gegenthese von der Wiederkehr der Geschichte. Nach dem Ende des Kalten Krieges hat das östliche Europa eine Renaissance der Nationalismen erlebt, die durch den Kommunismus nicht überwunden, sondern nur unterdrückt und gewissermaßen auf dem Vorkriegsstand eingefroren worden waren. In abgemilderter Form gibt es eine Renationalisierung auch in Teilen Westeuropas, und auch sie ist eine Folge des Endes des Ost-West-Konflikts. Bedeuten die viereinhalb Jahrzehnte zwischen 1945 und 1990 also nur eine Unterbrechung dessen, was in Europa als 'normal' zu gelten hat?

In ihrer Spätphase verstand sich die alte Bundesrepublik als eine 'postnationale Demokratie unter Nationalstaaten' (die Formel hat Karl Dietrich Bracher 1976 geprägt).[28] Auf das wiedervereinigte Deutschland trifft der Begriff nicht mehr zu: Es ist ein postklassischer Nationalstaat unter anderen, fest eingebunden in den supranationalen Staatenverbund der Europäischen Union. Dennoch begegnet man noch heute der Auffassung, Europa befinde sich längst auf einer postnationalen Entwicklungsstufe. Davon kann keine Rede sein. Es war ein grundlegender Irrtum der posthumen Adenauerschen Linken, von der Bundesrepublik auf Europa zu schließen. Die Deutschen hatten ihren ersten Nationalstaat ruiniert. Aber das gab ihnen noch kein Recht, auch den anderen Nationen das Recht auf ihren, in der Regel sehr viel älteren Nationalstaat abzuspochen und ihnen eine postnationale Identität anzuspinnen.

Europa wird nicht gegen die Nationen und Nationalstaaten gebaut, sondern mit ihnen und durch sie. Die Europäische Union will die Nationen nicht überwinden, sondern überwölben. Die Deutschen müssen sich nicht nur ihre eigene Geschichte kritisch aneignen, um zu wissen, woher sie kommen, wo sie stehen und was sie in Europa einzubringen haben. Sie müssen auch die Geschichte der anderen europäischen Nationen kennen. Dann werden sie auch begreifen, warum manche deutsche Vorstellungen von einem vereinten Europa bei den Nachbarn mehr Mißtrauen als Zustimmung hervor rufen.

Die Vertiefung des europäischen Einigungsprozesses, die hinter der Erweiterung der EU auf dramatische, ja gefährliche Weise zurückgeblieben ist, verlangt Einsicht in das, was die Europäer kulturell verbindet, und in das, was sie über die Jahrhunderte hinweg politisch getrennt hat. Europa wird nur zusammenwachsen, wenn es sich seiner gemeinsamen Erfahrungen und Prägungen bewußt wird, also ein 'Wir-Gefühl' entwickelt. Wo es die historischen Grundlagen eines solchen 'Wir-Gefühls' gibt, da ist Europa. Europa endet dort, wo diese Grundlagen fehlen.

Wir sind durch die Geschichte nicht determiniert, wohl aber durch sie geprägt. Ohne Kenntnis der fortwirkenden Vergangenheit bleibt die Gegenwart ein Buch mit sieben Siegeln. Aus der Geschichte läßt sich keine politische Nutzenanwendung von Fall zu Fall ableiten, wohl aber Orientierung gewinnen. Darauf ist Europa nicht minder angewiesen als Deutschland.

## Endnoten

- [1] Hans Peter Ipsen, Das Grundgesetz in seiner Vorläufigkeit, in: Recht, Staat, Wirtschaft<sup>2</sup> (1950), S. 182-202 (192).
- [2] Hermann Lübke, Der Nationalsozialismus im politischen Bewußtsein der Gegenwart, in: Martin Broszat u.a. (Hg.), Deutschlands Weg in die Diktatur. Internationale Konferenz zur nationalsozialistischen Machtübernahme im Reichstagsgebäude zu Berlin. Referate und Diskussionen. Ein Protokoll, Berlin 1983, S. 329-349 (333f., 335, 341).
- [3] Friedrich Meinecke, Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, Wiesbaden 1947?, S. 85.
- [4] Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Villingen 1955.
- [5] Hans Rothfels, Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung. Frankfurt 1958; Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1954.
- [6] Theodor Heuss, Die großen Reden. Der Staatsmann, Tübingen 1965, S. 247-262 (262).
- [7] Konrad Adenauer, Reden 1917-1967. Eine Auswahl, hg. v. Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1975, S. 233.
- [8] Ders., Briefe 1945-1947, bearb. von Hans Peter Mensing, Berlin 1983, S. 123 f.
- [9] Kurt Schumacher, Reden - Schriften - Korrespondenzen 1945-1952, hg. v. Willy Albrecht, Berlin 1985, S. 254.
- [10] Fritz René Allemann, Bonn ist nicht Weimar, Köln 1956, S. 274.
- [11] Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland, Düsseldorf 1961; Bericht über die 26. Versammlung deutscher Historiker in Berlin. 7. bis 11. Oktober 1964, Stuttgart 1965, S. 63-72.
- [12] Walter Schmitthenner u. Hans Buchheim (Hg.), Der deutschen Widerstand gegen Hitler, Köln 1966; Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965.
- [13] Franz Josef Strauß, Entwurf für Europa, Stuttgart 1966, S. 50 f. POLITIK15
- [14] Burghard Freudenfeld, Das perfekte Provisorium. Auf der Suche nach einem deutschen Staat, in: Hochland 59 (1967), S. 421-433 (433); Walter Scheel, Falsches Demokratieverständnis, ebd. 60 (1967/768), S. 365-369; Eugen Gerstenmaier, Was heißt deutsches Nationalbewußtsein heute?, ebd., S. 146-150 (149 f.); Gerstenmaiers Brief an

Bismarck in: Die Welt, 27.3.1965.

[15] Helmut Schmidt, Bundesdeutsches Nationalbewußtsein?, in: Hochland 60 (1967/68, S.558-562 (561 f.).

[16] Bundesverfassungsgericht. Entscheidungen Bd. 36, Tübingen 1974, S. 1-36.

[17] Gustav W. Heinemann, Allen Bürgern verpflichtet. Reden des Bundespräsidenten 1969-1974, Frankfurt 1975, S. 45-51.

[18] Heinrich August Winkler, Der lange Weg nach Westen. Bd. 2: Deutsche Geschichte vom 'Dritten Reich' bis zur Wiedervereinigung, München 2002, S. 437 f.

[19] Ebd., S. 422 f.

[20] Richard von Weizsäcker, Der 8. Mai 1945 - 40 Jahre danach, in: ders., Von Deutschland aus, Berlin 1985, S. 11-36 (15).

[21] Ernst Nolte, Vergangenheit, die nicht vergehen will. Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte, in: 'Historikerstreit'. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987, S.39-47 (45).

[22] Jürgen Habermas, Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung, ebd., S. 62-76 (75).

[23] Oskar Lafontaine, Die Gesellschaft der Zukunft. Reformpolitik in einer veränderten Welt, Hamburg 1988, S. 188f.

[24] Protokoll vom Programm-Parteitag. Berlin 18.-20.12.1989, Bonn 1990, S. 124-142 (130).

[25] Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Vorlesungen über die Philosophie der Weltgeschichte. Bd. 1: Die Vernunft in der Geschichte, hg. v. Johannes Hoffmeister, Hamburg 1994, S. 19.

[26] Christian Meier, Eröffnungsrede zur 36. Versammlung deutscher Historiker in Trier, 8. Oktober 1986, in: 'Historikerstreit' (Anm. 21), S. 204-214 (204); Heinrich August Winkler, Auf ewig in Hitlers Schatten? Zum Streit um das Geschichtsbild der Deutschen, ebd., S. 256-263 (262 f.).

[27] Francis Fukuyama, Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? (amerik. Orig.: New York 1992), München 1992.

[28] Karl Dietrich Bracher, Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgendes Nationalsozialismus, Köln 1979, S. 544; ders., Politik und Zeitgeist. Tendenzen der siebziger Jahre, in: ders. u.a., Republik im Wandel 1969-1974. Die Ära Brandt (= Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. V/1), Stuttgart 1986, S. 285-406 (405f.).